

...haben, daß die in der papierenen Verfassung niedergelegten „Grundrechte des Volkes“, sein sogenanntes parlamentarisches Mitspracherecht, sein sogenanntes freies Versammlungs- und Koalitionsrecht und die Pressefreiheit nur für die kapitalistische Ausbeuter- und ihre Wammelnden, nicht aber für die Arbeiterklasse Gültigkeit haben.

Man kann gar nicht deutlich und tief genug diese Erfahrungen der letzten Wochen ins Volk tragen. In einer Zeit, da sich die „demokratischen Prinzipien“ bewähren müßten, werden sie von der herrschenden Klasse rücksichtslos beiseite geschoben. Die Verkünder der Einberufung des Reichstages und das fadenförmige Verbot der „Noten Fälsche“ gehören zusammen. Das in beiden Fällen die Sozialdemokraten das Werkzeug der herrschenden Klasse und der aufstumpfenden Reaktion sind, das ist eine deutliche Belehrung des Volkes.

Auch die Kennzeichnung „Volkszeitung“ ist nach diesem Verbot beschimpfend und böswillig verächtlichmachend im Sinne des § 1, Ziffer 2 der Rotverordnung. Und eine Partei, die sich noch immer sozialistisch nennt, aber gleichzeitig die bewaffnete Macht des Klassenstaates gegen die Arbeiter kommandiert, muß in Kauf nehmen, vom Volk als „sozialistisch“ genannt zu werden. Aber das ist verboten. Damit ist die freie Meinungsäußerung“ endgültig begraben.

Das „Verbrechen“ der „Noten Fälsche“ ist aber nach Herrn Erzählung noch größer. Sie soll sowohl Geizgier als auch Braut dadurch böswillig verächtlich gemacht haben, daß sie ihnen unterstellt, sie würden „nur aus finanziellen Gründen ihre Tätigkeit ausüben“, weil in dem Artikel der „Noten Fälsche“ von Ministerweibeln und Staatspräsidenten der preussischen SPD-Minister die Rede war. Hier ist die willkürliche Unterdrückung der freien Meinungsäußerung so offenbar, daß es kaum eines weiteren Beweises bedarf. Unzählige Male hat nicht nur die kommunistische Presse, hat sogar die SPD-Presse gegen die Nazis von der Vertreibung der Ministerweibeln und der Staatspräsidenten geredet, jetzt auf einmal ist es eine böswillige Verächtlichmachung, eine herabwürdigende Unterstellung.

Die hier praktizierte Unterbindung der proletarischen Meinungsäußerung stellt die Zensur unter Putzkräften.

Verbote der SPD-Presse — eine Aktion der SPD!

SPD verhindert Beratung des Verbotes / Volkszeitung rechtfertigt das Verbot

SPD enthüllt sich auch in Preußen-Landtag
Die geistige Dresdner SPD-Volkszeitung hat die Schamlosigkeit, zum Verbot der Noten Fälsche zu schreiben:

„Wer das Unglück hat, die Note Fälsche täglich durchlesen zu müssen, empfindet sehr deutlich, daß die verantwortungsvollen Herrscher geradezu ein Verbot propagieren wollen. Die Schamlosigkeit der Republik (!) wird mit einer Ignominiosität erreicht, wie dies bisher niemals der Fall war. Das ist nicht nur Verleumdung des Staates, sondern jeder organisatorischen Gemeinschaft überhaupt. Es ist aber vor allem ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Wer mit solchen Gemeinheiten und solcher Niedertracht täglich gefüllt wird, muß sein soziales Fühlen, seinen menschlichen Charakter verlieren.“

Doch die Volkszeitung diese kapitalistische Republik als Heiligum ansieht, daß sie den kapitalistischen Staat vergöttert, das kennzeichnet nur, daß dieses ehemals phrasenhafte SPD-Blatt heute offen kapitalistisch und antimarxistisch ist. Aber welche Schamlosigkeit, daß die Volkszeitung von „sozialem Fühlen, menschlichem Charakter“ faßt — das Blatt einer Partei wie der SPD, die in „sozialem Fühlen“ durch die Zollerhöhung für Schiele den Zollraub und Brotmangel ermöglicht, und in „menschlichem Charakter“ siehe 1. Mai 1928 in Berlin SPD-Führer, siehe

und Jagow weit in den Schichten. Wenn es gelingt, können wir beständig aus der damaligen Zeit zitieren, was man damals schreiben konnte im Gegensatz zu dem, was heute Sozialdemokraten mit schwerer Schädigung einer proletarischen Zeitung beantworten.

Die Rühlings-Regierung hat vor entscheidenden Maßnahmen. Neue Diktatorverordnungen werden erwartet. Der Reichstag bleibt weiter verschluckt. Der Umbau des Herrschaftsapparates im faschistischen Sinne wird schon bald konkretere Formen annehmen. Der Brotpreis wird nicht herabgesetzt. Für die SPD ist aber die Lage „noch nicht genügend geklärt“, wie der Abgeordnete Herz im Volksrat des Reichstages ausführte, um die Einberufung des Reichstages zu fordern. Denn außerdem findet Ende dieses Monats der sozialdemokratische Reichsparteitag in Leipzig statt. Die SPD-Arbeiter sind in größter Erregung wegen der Politik ihrer Partei, die den Nationalsozialisten und dem Militarismus Vorschub leistet, ja, die sie direkt führen.

Das sind die wirtlichen Gründe, wegen denen der Berliner Volksratpräsident die „Note Fälsche“ auf vierzehn Tage mundtot machen mußte. Die Rebellen sollen schwelgen, weil die Räuber in Ruhe und Ordnung ihre Beute verteilen wollen. Eine alte Methode, die die herrschende Klasse einst ebenso gegen die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit angewandt hat. Schon damals hat sie aber diese Gemaltpolitik. Sie wird auch im Kampf gegen die kommunistische Partei und ihre Presse leitend.

Man kann durch Verbote, Verfolgungen, Sammeltrupps und Kerkerzellen die Revolutionäre schädigen und hemmen, aber man kann nicht die hungernden Massen damit satt machen, den Arbeitenden nicht Arbeit geben, die Wirtschaft nicht „anfeuern“. In ihrer Notlosigkeit und panischen Furcht vor dem sich erhebenden Volkssturm greift die Bourgeoisie zu solchen Mitteln, in der Hoffnung, die Abrechnung zu verzögern. Aber gerade dadurch hämmert sie die Reihen der Revolutionäre fester, sorgt sie wider Willen dafür, daß noch mehr Arbeiter als bisher Kommunisten und Helfer der SPD-Presse werden, daß die Volksaktion für Arbeit, Brot, Freiheit zur gemäßigten Volksbewegung wird.

23. Februar 1931 in Leipzig SPD-Führer! Der Kernpunkt der Volkszeitungsnotiz, die an anderer Stelle kampf abklingend von einer Gehörung, die nur aus der Arbeiterschaft kommen konnte, lautet: die Bemerkung, daß die Note Fälsche ein „Verbot propagiert“. Damit rechtfertigt das Dresdner SPD-Presseorga das Verbot. Daraus mit diesem Schandakt! In die Wohnungen der Werktätigen geht nur die Arbeiterschaft.

Berlin, 8. Mai. (Sig. Draht.) Die kommunistische Fraktion hat im preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß das Verbot der Noten Fälsche mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird. In der geistigen Sitzung des Landtages verlangte Genosse Benjehaid die sofortige Behandlung dieses Antrages mit der Begründung, daß das Verbot ganz offensichtlich zu dem Zweck erfolgt ist, um die Sozialdemokratische Partei mit Hilfe des Staatsapparates vor politischer Enttarnung zu schützen und vor allen Dingen auch, um die kommunistische Presse, die der Kaiser im Kampf gegen die Brotverwertung ist, zu unterstützen. Die sofortige Beratung machte der Abgeordnete N i r g e n s unmöglich, indem er im Aufrufe der SPD Widerpruch erhob! Er bestätigte nur damit, daß das Verbot der Noten Fälsche eine Aktion ist, die von der SPD verlangt wurde.

SPD für Steuerraub an den Massen

In einer Situation, wo das werktätige Volk durch die Ausplünderung und Auswucherung in die größte Not geraten ist, macht die SPD den Vorschlag, die Steuerlasten für die breiten Massen noch mehr zu erhöhen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Herz schreibt im Vorwärt vom 5. Mai wörtlich:

„Die Sozialdemokratie steht seit langem auf dem Standpunkt, daß — wenn es keine andere Wahl gibt, als die Einschränkung der Sozialausgaben oder die Erhöhung der Steuern — das Letzte als das Kleine Übel zu wählen ist, selbst wenn es sich dabei um Steuern handelt, die auch die breiten Massen treffen.“

Die SPD-Führerschaft fordert also nicht etwa solche Steuern, wie die von der SPD geforderte Millionärsteuer, gegen die ja die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestimmt hat, sondern eine noch härtere Besteuerung der breiten Massen.

Riesengehälter für die Truſtſherren Hunger, „verdienste“ der Proleten

| die Ausbeuter? | Was verdienen | | die Ausbeuerten? | | |
|---|---------------|------------|---|-----------|------------|
| | im Monat: | im Jahr: | | im Monat: | im Jahr: |
| Guano, Reichs-Inspektor u. D. Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie | 30 000 M. | 600 000 M. | Ein Invalidenrentner | 56,40 M. | 436,50 M. |
| Wagner, Generaldirektor d. Stahlwerks | 33 350 M. | 400 000 M. | Ein Invalidenunterstützungsempfänger | 44,— M. | 328,— M. |
| Wajch, Direktor des AG-Fachzentrale | 41 670 M. | 500 000 M. | Ein Erwerbsloser (Unterstützungsempf.) | 63,— M. | 486,— M. |
| Kastiggen, Generaldirektor des Siemenskonzerns | 20 850 M. | 350 000 M. | Ein Arznenfürsorgeempfänger | 48,— M. | 466,— M. |
| Direktor des Berliner Elektriziſitätswerks | 17 500 M. | 210 000 M. | Ein Kriegsgeldempfänger | 53,— M. | 438,— M. |
| Ertzer, Reichsamt-Generaldirektor | 15 000 M. | 180 000 M. | 46,1 Prozent aller Lohnarbeiter (nach dem Bericht der Invalidenversicherung, Wochensdurchschnittslöhne 20 Mark) | 86,50 M. | 1040,— M. |
| Reppmüller, Generaldirektor der Reichspost | 9 000 M. | 108 000 M. | Ein Textilarbeiter | 84,90 M. | 1017,50 M. |
| Generaldirektor des Reichlichen Bergbau-Inspektors | 20 850 M. | 350 000 M. | Ein Bauarbeiter | 118,25 M. | 1419,— M. |
| Die Direktoren der Reichsbank | 8 000 M. | 96 000 M. | Ein Metallarbeiter | 128,45 M. | 1541,50 M. |
| Direktor der Rumpfbank | 10 000 M. | 120 000 M. | Ein Kupferarbeiter | 180,— M. | 2160,— M. |

Einkommen aus der Mainunhar des „Roten Wähler“, dem ausgezeichneten Mitteilungsblatt der kommunistischen Reichstagsfraktion.

Eltwerte für 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich

Arbeiterkorrespondenz 1027

In der am 4. Mai stattgefundenen vollbesetzten Betriebsversammlung wurde entgegen dem Refus der SPD-Mitglieder, die reformistischen Nationalsozialisten einerseits und Anhänger des Gleiches andererseits, eine Resolution mit allen gegen 15 Stimmen beschlossen, die sich gegen das neue Vertragsangebot des NSGB (40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich) und jeden Lohnraub wendet und für den 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich und für die Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß eintritt. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Schwere Schlägereien zwischen Hitler und Stennes-Peuten!

Muppertal, 8. Mai. (Sig. Draht.)

Gestern Abend kam es hier zu großen Zusammenstößen zwischen hitleristischen Nationalsozialisten einerseits und Anhänger des Stennes und Straßer andererseits. Die oppositionellen Nationalsozialisten veranstalteten eine Versammlung, zu der die Stennes in großer Zahl erschienen waren. Als die Hitler-NSDAP Versammlung ihren Anfang nahm, kam es zu einer wilden Schlägerei. Tische und Stühle und Biergläser wurden geworfen. Auf beiden Seiten gab es eine große Anzahl Verletzte. Auch einige Polizeibeamte wurden verletzt. Nachdem der Saal geräumt war, lag sich die Schlägerei auf der Straße fort. Überall in der Stadt werden die Vorgänge lebhaft diskutiert.

SPD-Anträge gegen Jungdo-Schieds Zwangsarbeit

Die Vertreterin der Jungarbeiter im schließlichen Bundtag, kommunistische Abgeordnete Grete Groh, hat in Gemeinschaft mit der gesamten SPD-Fraktion zu den kapitalistisch-faschistischen Vorbereitungen für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht nach Anträge eingebracht. Der erste verlangt, daß für alle Arbeiter die von Wehrdienstverweigerern ausgeführt werden, Taxilöhne zu zahlen sind, um Lohnraub und Seigerung der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Der zweite erhebt Einspruch gegen die Verusche der Reichsregierung, die Arbeitsdienstpflicht zu bereiten und einzuführen. Der dritte hat folgenden Wortlaut: „Der Dresdner Anzeiger vom 6. Mai meldet, daß der Reichsarbeitsminister Richter dem Jungdeutschen Orden zugesichert hat, dessen Plan für Arbeitsdienstpflicht nach Möglichkeit zu fördern. Die kommunistische Fraktion sieht darin die Einführung einer errögtlichen Sklaverei der Jugendlichen.“

Wir beantragen deshalb:
Der Bundtag wolle beschließen:
Die Regierung zu beauftragen, die vom Innenminister Richter dem Jungdeutschen Orden versprochene Arbeitsdienstpflicht nicht einzuführen.“

Mittelalter über Preußen

Evangelisches Konfordat mit Hilfe der SPD

Am Montag, dem 11. Mai findet im Sitzungssaal des preussischen Ministeriums die feierliche Unterzeichnung des ewigen Preußenkonfords durch SPD-Ministerpräsidenten des Reichstages des Kirchenrates Winkler und Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrates Kapler statt. Der Vertrag ist ein großer Erfolg der evangelischen Kirche, der nun zu dem der katholischen hinzukommt. Mit Hilfe der SPD feiert die kirchliche Kultur immer größere Triumphe!



Die Kirchenbazonen Winkler und Kapler

Nationalversammlung des Senlets Tſchangfaiſchel

Moskau, 7. Mai (Sig. Draht.)

Zu den letzten Ereignissen in China, insbesondere zur Ermung der „Nationalversammlung“ in Kanking schreibt Promba:
„Die von Tſchangfaiſchel eingetragene und von niemandem wählte „Nationalversammlung“ ist dazu berufen, die Parteien Tſchangfaiſchel-Clique zu stützen. Sie ist zur Zügelung der sich erheben militärischen Gruppen bestimmt, die sich bisher gegen die Kanking-Regierung unterworfen haben oder jetzt offen gegenbrechen. Gleichzeitig soll sie die demokratische Tarnung für das Blauregime der Kuomintang schaffen. Hinter dem Rücken der Gruppen, die den Staatsstreich von Kanton verübten, hat Tſchangfaiſchel die Imperialismus. Der neue Generalstabschef, der eine Seite im engen Bündnis der „linken“ Kuomintang-Wangſchinswei und der rechte Kuomintangmann Fuhaumang werden, wird ein Krieg von Generalgruppen werden, hinter dem Tſchangfaiſchel steht der Imperialismus der Vereinigten Staaten. Die chinesische Revolution wird sowohl Tſchangfaiſchel als auch Fuhaumang und Wangſchinswei hauptgegenstand.“
Die japanische Agentur „Simbun Kengo“ berichtet über die Ermung der „Nationalversammlung“ in Kanking und sagt aus:
„Unter den 400 Delegierten der Nationalversammlung sind bei sich sehr einflussreiche, dessen Vorkörper von Zugehörigkeit zu den oberen Klassen jenen müde.“